

Volks-Zeitung

Stierpläne der amerikanischen Delegationen als stumme Teilnehmer der Flitzkonferenz



Mit „Unterhaltungs-Blatt“
 Moden-Zeitung Sport-Zeitung
 Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg
 Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“
 2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Von drei Jungen aus dem Flugzeug-rumpf gebauten Rodelschlitten

Zündhölzer im Reichstag / General Kundts Kriegsplan / Der Beamten-Bank-Skandal

Soziale Luxussteuern Wien—Berlin

Die Demokratie beruht auf dem Grundsatz von den gleichen Rechten, und doch muss er oft durchbrochen werden, weil ein auf die Spitze getriebenes Recht zum Unrecht werden kann, wie auch die aus den Rechten sich ergebenden Pflichten nicht immer gleich oder gleichartig sein können, weil sie dann zur Benachteiligung einzelner Gruppen oder Schichten von Staatsbürgern führen könnten. Diesem Gedanken hat man bei uns z. B. bei der Einkommenbesteuerung Rechnung getragen, indem die Steuer nach der Höhe des Einkommens unter Freilassung der niedrigeren Einkommen gestaffelt wurde.

In Wien ist man noch einen Schritt weiter gegangen. Dort ist auch die Umsatzsteuer, wenigstens in ihrer Sonderform, gestaffelt worden. Während die eigentliche Umsatzsteuer dort zwei Prozent beträgt, wird der Umsatz von Nahrungs- und Genussmitteln in Gast- und Kaffeehäusern, Konditoreien und Lebensmittelgeschäften mit 0,1 bis 15 Prozent besteuert, je nach Preisbemessung, Lage und Ausstattung.

Die davon betroffenen Geschäftsinhaber suchten diese Sonderbesteuerung los zu werden, weshalb sie den Verfassungsgerichtshof anriefen. Die Entscheidung erging jetzt dahin, dass die Genussmittelabgabe verfassungswidrig sei, da sie wegen ihrer variablen Basis dem Finanzgesetz widerspreche. Die Annahme, dass damit alle Betriebe der Nahrungs- und Genussmittellieferung in Wien von der Abgabe befreit seien, hat sich aber als irrtümlich herausgestellt, denn es werden auch in Zukunft die sogenannten Luxusbetriebe, also z. B. Nachtcafés, Konzerthäuser, Bars, Kabarets und die grossen Delikatessengeschäfte der Steuer unterworfen sein.

Die Gemeindeverwaltung von Wien kann aufatmen, denn der völlige Fortfall der Nahrungs- und Genussmittelabgabe hätte einen jährlichen Ausfall von 12 bis 15 Millionen Schilling im Budget der Gemeinde zur Folge gehabt, und das hätte sich gerade auf dem Gebiete der Sozialpolitik, auf dem die Wiener sozialdemokratische Stadtverwaltung ausserordentliche Leistungen und Erfolge aufzuweisen hat, höchst fatal ausgewirkt. Erwähnte doch der sozialdemokratische Stadtrat Breitner, der der Urheber des sozialen Wiener Steuerrechts ist, und dem die unteren Volksschichten Wiens sehr viel verdanken, dass allein zwei grosse Wiener Konditoreien aus der Genussmittelabgabe die Mittel für den Unterhalt zweier Kinderwohlfahrtsanstalten erbrächten.

Die Wiener, die die Luxuslokale besuchen oder teure Delikatessen einkaufen, werden sich also auch in Zukunft den Genuss daran mit dem Bewusstsein erhöhen können, dass ein Teil des Geldes, das sie dafür ausgeben, den Notleidenden und Ärmsten ihrer Stadt zugute kommt.

Die Nutzenwendung für Berlin liegt nahe. Durch die vom hiesigen Magistrat angeordneten Sparmassnahmen ist das Gesundheitswesen stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Verschiedene Krankenhausbauten bzw. Erweiterungsbauten mussten eingestellt werden. Der Plan der Errichtung einer neuen Heilanstalt in Buch kann nicht zur Verwirklichung kommen. Kranken wird die Zusatznahrung entzogen. Könnte man nun nicht die Mittel für die notwendigen sozialhygienischen Massnahmen, so wird man fragen, nach Wiener Muster beschaffen?

Man darf nicht übersehen, dass das Vergnügungsgewerbe hier in Berlin bereits mit einer sehr hohen Steuer belastet ist, die vielfach wirtschaftlich ruinierend

Wo bleibt das Republikerschutz-Gesetz?

Die ängstliche Regierung / Demokraten verlangen beschleunigte Erledigung

Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung ihrem Befremden über die Verzögerung des Republikerschutzgesetzes Ausdruck gegeben und beschlossen, die Regierung zur beschleunigten Verabschiedung dieses Gesetzes aufzufordern.

Man hat bereits bei Bekanntgabe des Arbeitsprogramms, das der Reichstag bis Mitte Februar erledigen soll, mit Erstaunen festgestellt, dass das Republikerschutzgesetz sich auf der Liste der zu erledigenden Gesetzentwürfe nicht befindet. Gewiss, der Young-Plan und die damit zusammenhängenden Gesetze sowie das Gesetz über die Kreuger-Anleihe und das Zündholzmonopol, mit denen sich der Reichstag gestern beschäftigte, sind bedeutsam, weil durch sie die Lage der Reichsfinanzen entscheidend beeinflusst wird. Aber es wäre immerhin möglich gewesen, neben den Ausschussberatungen oder während der Ruhepausen, die der Reichstag sich bewilligt hat, das Re-

publikerschutzgesetz zu verabschieden. Regierung und Ältestenrat wollten offenbar die Beratungen nicht mit heftig umstrittenen Gesetzen belasten. Das ist zu verstehen. Aber die Dringlichkeitsfrage durfte darüber nicht in den Hintergrund geraten. Dass das Republikerschutzgesetz dringend not tut, beweist jeder Tag, denn jeder Tag liefert Beweise dafür, wie dem Radikalismus links wie rechts der Kamm schwillt. Innerhalb der Regierungskoalition sollte man sich also klar darüber sein, dass jede unnötige Verzögerung der Verabschiedung dieses Gesetzes eine Verdünnung am Staate ist. Wenn einige Volksparteiler, vom unbezwinglichen Rechtsdrang befallen, das Gesetz gern verschleppen möchten, so wird es zur Not auch ohne sie gehen, nachdem die Ausschussberatungen erwiesen haben, dass eine Mehrheit für das Gesetz vorhanden ist. Sollte man diese Herren, die sich in der Parteihäute geirrt haben, aber wirklich brauchen, nun, dann wird man sie eher vor oder während der Beratung der Young-Plan-Gesetze für das Republikerschutzgesetz einspannen können als nachher.

Statt Steuersenkungen — Erhöhungen!

Zentrum, Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei halten gestern nach Beendigung der Plenarsitzung des Reichstags Fraktionsitzungen ab, in denen im wesentlichen über die Haager Konferenz Bericht erstattet wurde. Die volksparteiliche Fraktion nahm einen Bericht des Finanzministers Dr. Moldenhauer über die Lage der Reichsfinanzen und über die nächsten Finanzpläne entgegen. Danach dürfte es als sicher zu betrachten sein, dass im Etatsjahr 1930 von Steuersenkungen nicht die Rede sein wird, dass man vielmehr eher mit einer Reihe Steuererhöhungen rechnen muss.

Am nächsten Montag findet eine Besprechung der Fraktionsführer der Regierungsparteien statt, die in erster Linie der Reichsbankfrage gilt. Es ist anzunehmen, dass vorher von keiner Seite Entscheidungen getroffen werden oder eine Festlegung erfolgt. Auf der anderen Seite rechnet man in den Kreisen der Regierungsparteien darauf, dass bis dahin volle Klarheit über

die Absichten und Ziele des Kabinetts in der Reichsbankfrage geschaffen wird.

Gegen die Radau-Politik

25 demokratische Versammlungen

Die Demokratische Partei Gross-Berlin veranstaltet am nächsten Montag in allen Stadtteilen 25 öffentliche Versammlungen unter dem Motto: „Gegen den Radikalismus im Parlament und auf der Strasse.“ Unter Führung des preussischen Finanzministers Dr. Höpker Aschoff, des badiischen Staatspräsidenten a. D. Hummel, des früheren oldenburgischen Ministerpräsidenten Tautzen werden namhafte Abgeordnete und Stadtverordnete der Deutschen Demokratischen Partei sprechen. Redner und Versammlungsorte werden noch durch die Zeitungen und Anschlagstafeln bekanntgegeben.

gewirkt hat. Ein Teil der Berliner Vergnügungsetablissemments befindet sich, wie man in diesen Wochen erfahren hat, bereits in den Klauen des Pleitegeiers. Da ist also nichts mehr herauszuholen. Verlangt muss aber werden, dass die Luxussteuer vom nächsten Vergnügung restlos nur Wohlfahrtszwecken dienstbar gemacht wird.

Kein Staatsbürger würde es ruhig hinnehmen, wollte man ihm die humane Gesinnung absprechen. Merkwürdig ist aber, dass gegen diejenigen Belastungen, die Mitmenschen vor Elend bewahren oder ihnen in der Not Erleichterung und Hilfe bringen sollen, von gewissen Kreisen die sich zur Führung der Nation besonders berufen fühlen, am heftigsten bekämpft werden. Diese Kreise sind für eine Wehrabgabe zur Beschaffung von

Mordinstrumenten, die der Menschenvernichtung dienen, sofort zu haben, sie würden sich aber mit allen Mitteln gegen den Vorschlag einer sozialen Notabgabe sträuben, die der Menschenhaltung dienen soll. A. K.

Demonstrationsverbot für Chemnitz verlängert

DRESDEN, 23. Januar.

Der sächsische Innenminister hat das am 17. Januar erlassene, auf eine Woche anberaumte Demonstrationsverbot für Chemnitz und Umgebung um eine weitere Woche verlängert. Anlass hierzu gab dem Minister die Haltung der sächsischen kommunistischen Presse, die durch falsche Darstellungen der Hartmannsdorfer Ereignisse die Bevölkerung in massloser Weise gegen die Schutzpolizei aufzureizen sucht.